



Jürgen Peters

1. Vorsitzender der IG Metall

Titel der Veranstaltung:

10 Jahre „Vier-Tage-Woche“ bei Volkswagen

Titel des Referats:

Die IG Metall – eine gesellschaftliche Reformkraft in schwierigen
Zeiten

Wolfsburg, den 30.09.2003

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, im Kreis vieler vertrauter Gesichter und Freunde das 10jährige Jubiläum der „4-Tage-Woche“ bei VW feiern zu können.

Vor zehn Jahren hatten wir eine tiefe wirtschaftliche Rezession von einem gewaltigen Ausmaß.

Volkswagen steckte tief in einer schweren Krise.

30 000 Arbeitsplätze waren in Gefahr.

Wir erinnern uns: Kanzler Kohl empfahl zur Krisenbewältigung die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche.

Die Deutschen sollten länger arbeiten, dann würde alles wieder gut.

Wir sind der Empfehlung nicht gefolgt.

Gott sei Dank nicht: Wir sind andere Wege gegangen.
Im Bewusstsein ihrer Verantwortung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben die Tarifpartner nach anderen kreativen und intelligenten Lösungen zur Bewältigung der Krise gesucht.

Das Ergebnis war ein in der Tat epochemachender Tarifvertrag.

Ein Tarifvertrag, der sowohl die betrieblichen Notwendigkeiten als auch die Arbeitsplatzsicherheit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Blick hatte.

Beschäftigungssicherung durch Arbeitszeitverkürzung – das war und ist der Kern der Erfolgsstory „4-Tage-Woche“.

Der Tarifvertrag bei Volkswagen beweist:

Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung der Arbeit sind Wege, Beschäftigung zu sichern oder aufzubauen.

Und - das Beispiel beweist: Arbeitszeitverkürzung erwürgt keine Unternehmen. Im Gegenteil!

Das Geschwätz, Arbeitszeitverkürzung vernichtet Arbeitsplätze. Das Geschwätz, längere Arbeitszeiten sind nötig um aus der Krise herauszukommen, wird durch die 4-Tage-Woche bei VW als das enttarnt, was es ist:

Ökonomischer Blödsinn!

Neoliberale Ideologie!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte diese Feierstunde zum Anlass nehmen, um mich bei allen zu bedanken, die daran mitgeholfen haben neue Wege zu gehen.

Neues zu wagen.

Das sind zunächst die Beschäftigten von VW.

Die Verkürzung der Arbeitszeit war eine gewaltige finanzielle Einbuße für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Dieser Kraftakt war nur zu bewältigen, weil allen klar war es gilt: Statt Arbeitslosigkeit für viele - Arbeitszeitverkürzung für alle.

Alle müssen zusammenstehen.

Nur gemeinsam geht das.

Und dass das möglich war ist maßgeblich der Arbeit des Vertrauenskörpers und des Betriebsrates bei VW zu verdanken.

Wenn die Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder nicht den Mut gehabt hätten unmögliches zu denken und machbares zu vertreten, wäre dieser Tarifvertrag nicht zustande gekommen.

Dann hätte auch uns der Mut verlassen.

Dann wären wir vermutlich die alten Pfade weiter gelaufen.

Aber ich will nicht verhehlen, es gehören immer mindestens zwei zu einem Tarifvertrag.

Ohne nun Peter Hartz und Jochen Schumm nun über allen Klee zu loben - wir hatten ja genug Schwierigkeiten.

Aber: Ihre Kreativität und ihr Mut, mit uns nach neuen Wegen jenseits der ausgetretenen Pfade betriebswirtschaftlicher Kostenreduzierung zu suchen, darf auch die IG Metall durchaus anerkennen.

„Jeder Arbeitsplatz hat ein Gesicht“ – das war das Motto!

Das war das Motto betriebsbedingte Kündigungen auszuschließen.

Es wäre wünschenswert, wenn alle, die in diesem Land Verantwortung für Menschen tragen, dieses Motto sich zum Leitmotiv machen.

Lieber Peter,

du hast uns vor knapp vierzehn Tagen wieder mit einem neuen Vorschlag überrascht.

Du nennst die Idee „demographische Arbeitszeit“.

Das, was du unter dem Aspekt der flexiblen Lebensarbeitszeitgestaltung in die Diskussion geworfen hast, ist ein Denkansatz, der der IG Metall nicht ganz fremd ist.

Wir haben bei Debis solche Ansätze bereits tarifvertraglich ausprobiert.

Deshalb - Hartmut hat es schon gesagt - sollten wir darüber reden.

Über das Für und Wider nachdenken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor zehn Jahren haben wir in relativ kurzer Zeit neue Ideen zur Beschäftigungssicherung entwickelt.

Aus der Not geboren, haben wir mit einer 20-prozentigen Arbeitszeitabsenkung 30 000 Arbeitnehmer vor der Entlassung bewahrt und allen eine neue Perspektive gegeben.

Diese gewaltige Arbeitszeitverkürzung auf einen Schlag - das war sicher ein gewaltiger Kraftakt.

Beispiellos in unserer Tarifgeschichte.

Wir haben nie beansprucht, hier ein Modell für alle geschaffen zu haben.

Wir hätten uns aber gewünscht, das an anderer Stelle durchaus überlegt wird, inwieweit hier ein Beispiel gegeben wurde, was Schule machen sollte.

Wir haben hier ein Beispiel gegeben, wie auch und gerade in Krisenzeiten vernünftige Regelungen möglich sind.

Im Interesse der Beschäftigten wie auch im Interesse des Unternehmens.

Ich bin froh, dass der Tarifvertrag bei Volkswagen später Pate stand, als wir hier in Niedersachsen in der Fläche den Tarifvertrag Beschäftigungssicherung gemacht haben.

Nicht so komfortabel aber sinnhaft.

In diesem Tarifvertrag wurden aber auch andere Modelle zur Umverteilung von Arbeit entwickelt.

Modelle mit Vorbildcharakter!

So hat die rot-grüne Bundesregierung im Jahr 2002 das Konzept der Beschäftigungsbrücke gesetzgeberisch begleitet.

Hier wurde unser Modell der Arbeitszeitverkürzung für Ältere in Verbindung mit dem Stufenmodell für Azubis aufgenommen.

Altersteilzeit in den Betrieben als eine weitere Antwort gegen Arbeitslosigkeit - besonders gegen Jugendarbeitslosigkeit.

Wissen, Erfahrung und auch betriebliche Kenntnisse können über diese Beschäftigungsbrücke weitergegeben werden.

Und vor allem:

Für junge Menschen wird der Übergang von der Ausbildung in Arbeit abgesichert.

Arbeitsminister Walter Riester hat 2002 zu der rot-grünen Beschäftigungsbrücke erklärt – ich zitiere:

„Davon profitieren alle: die Firmen, die Älteren und die Jungen.“

Tarifautonomie

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir feiern heute aber nicht nur das 10jährige Jubiläum eines Tarifvertrages.

In einer Zeit wo einige die Tarifpolitik der Gewerkschaften auf „die Hörner nehmen“.

Wo einige unterwegs sind, die Tarifautonomie in unserer Gesellschaft auszuhebeln.

Weil die Tarifverträge angeblich zu starr sind.

Weil die Tarifpolitik der Gewerkschaften angeblich zu wenig auf die betrieblichen Belange Rücksicht nimmt.

Das Beispiel VW beweist:

Flächentarifvertrag und Tarifautonomie sind flexibel!

Damit ist der heutige Tag auch ein Beweis für das funktionieren der Tarifautonomie in Deutschland.

Wir brauchen keine staatlichen Eingriffe.

Wir brauchen keine betrieblichen Bündnisse, die die Flächentarifverträge unterlaufen.

VW und auch zahlreiche andere Beispiele beweisen:

Die IG Metall geht ungewöhnliche Wege.

Die IG Metall greift Betrieben unter die Arme, wenn „Not am Mann“ ist.

Flächentarifvertrag und Tarifautonomie ermöglichen betriebliche Lösungen, die einem krisengeschüttelten Unternehmen Perspektiven eröffnen und gleichzeitig Beschäftigung sichern und ausbauen!

Vor diesem Hintergrund ist es mehr als unverständlich, dass politisch Verantwortliche in diesem Land, die Regelungshoheit der Tarifparteien angreifen.

Hinter den genannten Vorschlägen zur Aushebelung der Tarifautonomie steht weniger die Unwissenheit derjenigen, die über Tarifpolitik viel reden aber wenig wissen.

Vielmehr steht hinter der Forderung der politische Wille, die Regelungshoheit der Tarifparteien zu beseitigen, den Einfluss der Gewerkschaften zu beschränken.

Mit dem Hinweis auf Wettbewerb und Globalisierung wollen sie die Belegschaften und ihre Interessenvertretung in einen Kampf ohne Grenzen um möglichst geringe Entgelte und möglichst schlechte Arbeitsbedingungen einbinden.

Denen, die so denken, sagen wir:

Diese neoliberale Politik, die auf Lohnsenkungen setzt, ist perspektivlos.

Sie wird nicht zu mehr Beschäftigung führen.

Außerdem werden wir es nicht hinnehmen, dass aufgrund von neoliberalen Verblendungen ein Strukturprinzip des Sozialstaates abgeschafft wird.

Tarifautonomie und freie Gewerkschaften sind unabdingbare Elemente der sozialen Demokratie!

Wer an der Tarifautonomie rüttelt, rüttelt an einem Grundpfeiler unserer sozialen Demokratie.

Darum wenden wir uns gegen die Aushebelung der Tarifautonomie!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wenden uns aber auch gegen diese Politik, weil uns Gewerkschaften damit ein wichtiges Gestaltungsinstrument genommen würde.

Ein Instrument, mit dem wir den Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne der Menschen nachhaltig, kreativ und sozial gerecht gestalten können.

Das wir das tun – haben wir nicht nur bei VW bewiesen.

Während die Politik noch immer über lebenslanges Lernen redet, haben wir Tarifverträge abgeschlossen, die die Ansprüche auf berufsbegleitende Weiterbildung festschreiben.

So auch hier bei Volkswagen.

Mit dem Tarifwerk 5 000 x 5 000.

Das ist moderne Tarifpolitik - im Interesse von Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Ein weiteres Beispiel für moderne zukunftsweisende Tarifpolitik ist ohne Zweifel unser gemeinsamer Entgelttarifvertrag – kurz ERA.

- Mehr als 20 Jahre nach den ersten Anläufen,

- gut 10 Jahre, nachdem die IG Metall die „Tarifreform 2000“ vorgelegt hat,

ist hier ein Jahrhundertwerk geschaffen worden.
Für die Fläche.

Und wieder haben wir dazu die Pflöcke eingeschlagen. Hier bei Volkswagen.

Sicher: es war eine schwere Geburt, unser gemeinsamer Entgelt-Tarifvertrag.

Wir haben viele Schlachten geschlagen.

Damals!

Aber wir haben es geschafft.
Und einiges steht noch aus.

Ich möchte behaupten, dass es seit den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts - seit den Lohngruppenkatalogen und Akkordregelungen - keine so große Neuerung in der Tarifgeschichte gegeben hat.

Es wird sicherlich noch einige Mühsal – vor allem in der betrieblichen Umsetzung kosten, bis der neue Entgelt-Rahmentarifvertrag überall endgültig und flächendeckend eingeführt ist.

Aber je mehr Konturen der neue ERA annimmt, desto stärker wird sich zeigen:

Damit ist ein großer Sprung hin zur Modernisierung des gesamten Tarifsystems erreicht worden.

ERA ist ein moderner und zukunftsweisender Rahmen für Eingruppierungen, für die Arbeits- und Leistungsbedingungen.

Wir haben mit unserer Tarifpolitik aber auch Bälle aufgenommen, die uns als verunglückte Steilpässe von der Politik zugespielt wurden.

Alle wissen, wie kritisch wir zur Riester-Rente gestanden haben und immer noch stehen.

Das hat uns aber nicht daran gehindert - nachdem die Gesetze nun einmal verabschiedet waren – mit der MetallRente ein gutes Angebot für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erarbeiten.

Ein Angebot, das für die Beschäftigten deutlich attraktiver ist als ein privater Vertrag mit einer Versicherung.

Wir haben damit einen Weg beschritten, den wir bei Volkswagen mit der Umwandlung der vermögenswirksamen Leistung in Rentenbausteine bereits vorgezeichnet haben.

Ähnlich innovativ und flexibel haben wir uns bei dem Thema Leiharbeit verhalten.

Auf dem letzten Gewerkschaftstag haben wir uns entschieden, Leiharbeit in Deutschland zu regeln.

Dafür gab es gute Gründe.

Leiharbeit gewinnt aufgrund politischer Fehlentscheidungen immer mehr an Bedeutung.

Anfang Juni haben wir, in einer Verhandlungsgemeinschaft der DGB-Gewerkschaften, Flächentarifverträge abschließen können.

Damit stehen ab 1.1.2004 etwa die Hälfte der Leiharbeitnehmer unter dem Schutz von Tarifverträgen.

Das ist gut so!

Wir haben bewiesen, dass wir mit unserer Tarifpolitik die soziale Demokratie gestalten wollen und können und eine gesellschaftliche Reformkraft sind.

Darum muss die Tarifautonomie verteidigt werden.

Mit Zähnen und Klauen.

Soziale Demokratie erhalten und gestalten

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

keiner, der sich dem Leitbild einer sozialen Gesellschaft verpflichtet weiß, kann den status quo verteidigen wollen.

Die IG Metall jedenfalls nicht.

Wir haben immer bewiesen, dass wir uns Veränderungen nicht verschließen.

Wir drängen sogar auf Veränderungen, wir drängen auf Reformen, wo wir die Notwendigkeit sehen.

Wir stellen uns den Zukunftsaufgaben, die uns durch Globalisierung, demographischen Wandel und Individualisierung gestellt werden.

Natürlich stellen wir uns den Fragen:

Wie soll die Arbeitsgesellschaft der Zukunft aussehen?

Wie muss der Sozialstaat zukunftsfest gemacht werden?

Was heißt für uns soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert?

Wir beteiligen uns aktiv an den Debatten.

Aber wir tun das auf der Grundlage unserer Vorstellungen von einer gerechten Gesellschaft.

Wir Gewerkschaften sind überzeugt, dass zur Demokratie nicht nur die Freiheit, sondern genauso auch Solidarität und Gerechtigkeit gehören.

Werte, die ihre Umsetzung im Sozialstaat finden.

Wir brauchen diese staatlich organisierte Solidarität!

Nur so können auch die Schwachen und Schwächsten vor den individuellen Lebensrisiken geschützt werden.

Der Schutz vor den Risiken des Lebens darf nicht zum alleinigen Recht des Starken verkommen.

Die können sich im Zweifel selbst um ihre Absicherung kümmern.

Würde sich das Recht des Stärkeren durchsetzen, würde der soziale Friede und letztlich die gesamte Demokratie infrage gestellt.

Weil wir dies wissen, wollen wir Gewerkschaften den Sozialstaat sichern, ausbauen und zukunftsfähig machen!

Wir wollen eine moderne, solidarische Gesellschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Debatte um die zukünftige Gestaltung des Sozialstaates müssen die Gewerkschaften wieder stärker ihre Stimme erheben.

Wir müssen unsere Vorstellungen einbringen, unsere Leitbilder für eine demokratische, soziale und gerechte Arbeits- und Lebenswelt.

Wir müssen den Menschen und unseren Mitgliedern klar machen, wohin wir wollen.

Die Leitvorstellungen einer modernen Arbeitsgesellschaft könnten sein:

Frauen und Männer haben die gleichen Anteile an Erziehungs-, Haus-, und Erwerbsarbeit.

Teilzeit- und Vollzeitjobs sind geregelt und abgesichert.

Die Menschen können sich - entlang ihrer individuellen Möglichkeiten - im Rahmen koordinierter betrieblicher und staatlicher Weiterbildungsangebote kontinuierlich weiter qualifizieren.

Ihnen stehen deutlich verbesserte Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen zur Seite.

Die modernen Arbeitnehmer wollen Erwerbsarbeit, Familie, Freizeit und bürgerschaftliches Engagement miteinander verbinden.

Kolleginnen und Kollegen,

zur Zeit ist der Dreh- und Angelpunkt der sozialen Sicherung das Normalarbeitsverhältnis.

Kennzeichen sind 40 Jahre Zugehörigkeit zu einem Betrieb, kontinuierliche Lohnerhöhung und konstante Beiträge zur Sozialversicherung.

Wollen wir den Sozialstaat weiterentwickeln – und wir wollen das - dann brauchen wir ein neues Verständnis des Normalarbeitsverhältnisses.

Ungewollte Unterbrechung, wie Arbeitslosigkeit oder gewollte Unterbrechungen wie Qualifizierung, Weiterbildung und Familienzeit müssen in diesem neuen Normalarbeitsverhältnis berücksichtigt werden.

Wir müssen neue Finanzierungsmodelle für die sozialen Sicherungssysteme entwickeln, die diese Brüche absichern.

Wir beteiligen uns an dieser Entwicklung und machen eigene Vorschläge, die unseren Anforderungen entsprechen:

1. Wir wollen, dass die Lasten gerecht und solidarisch verteilt werden.
2. Die neuen Instrumente müssen auf das Leitbild der Arbeitsgesellschaft der Zukunft ausgerichtet sein.

Wer nicht weiß, wo er hin will, gerät in einer reinen Instrumentendebatte in die Defensive.

Dagegen kann der, der überzeugende Zukunftsszenarien entwickelt, auch für neue Finanzierungswege erfolgreich werben.

Ob nun für höhere Steueranteile, die Einbeziehung aller Einkommensgruppen und Einkommensarten oder auch neue Mischfinanzierungen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben Vorschläge für neue Instrumente zur Weiterentwicklung des Sozialstaates gemacht.

Instrumente, die Leitbild- und Werteorientierung berücksichtigen.

Statt der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung wollen wir eine Erwerbstätigenversicherung mit einer breiten Einnahmehasis.

Außerdem wollen wir eine starke und gerechte Steuerfinanzierung für diese Erwerbstätigenversicherung!

Damit können wir die Beiträge für Arbeitgeber und Arbeitnehmer senken!

Die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme würden vom Erwerbsleben entkoppelt und die große Vielfalt in den Erwerbsbiographien berücksichtigt!

Das wäre solidarische Modernisierung!

Deshalb:

Veränderungen ausschließlich auf Kosten der sozial Schwachen und Arbeitnehmer sind aus unserer Sicht weder modern noch solidarisch!

Das - was derzeit in Berlin passiert - kann nicht unsere Billigung erfahren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben natürlich auch noch nicht für alles Antworten – wer wollte das leugnen.

Ich jedenfalls nicht.

Wir müssen überlegen, wie wir zum Beispiel helfen können, die Frauenerwerbsquote zu erhöhen.

Auf der einen Seite haben Studien gezeigt, dass eine hohe Frauenerwerbsquote Nachfrage nach neuen Jobs fördert.

Auf der anderen Seite haben internationale Vergleichsstudien bewiesen, dass in Ländern in denen die Frauenerwerbsquote hoch ist, die meisten Kinder geboren werden.

Beides Gründe, Wege für eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote aufzuzeigen.

Wir sollten aber auch prüfen, ob es Sinn macht, für die Arbeitslosenversicherung Finanzierungsmodelle zu entwickeln, die die Brüche im Erwerbsleben aufgreifen.

Wir sollten prüfen, ob es Modelle gibt, die die Erfordernisse der modernen Arbeitswelt stärker berücksichtigen und den Bedürfnissen der Menschen mehr gerecht werden, als dies das jetzige Modell bietet.

Hieran werden und müssen wir arbeiten.

Kolleginnen und Kollegen,

die Debatte um die Zukunft von Demokratie und Sozialstaat ist nicht auf Deutschland beschränkt.

Sie hat längst die europäische Bühne erreicht.

Demokratie gestalten und Sozialstaatlichkeit sichern, heißt in Zukunft vor allem, auf europäischer Ebene politik- und handlungsfähig zu sein.

Auch hier haben Gewerkschaften Nachholbedarf.

Die Interessen der Wirtschaft wurden bisher im europäischen Integrationsprozess viel stärker berücksichtigt, als die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Vor allem unter den Bedingungen der EU-Osterweiterung muss es jetzt darum gehen, die Arbeitnehmerinteressen stärker in den Vordergrund zu rücken.

Die Sozialstandards dürfen nicht an das geringere materielle Niveau der neuen Mitgliedstaaten angepasst werden.

Es gilt unsere hohen sozialen Standards zu halten bzw. auszubauen.

Unsere Vorstellung einer europäischen sozialen Union ist eine Union, in der die Grundrechte seiner Bürgerinnen und Bürger und die sozialen Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geschützt und der sozialstaatliche Charakter der Mitgliedstaaten bewahrt wird.

Die Europäische Verfassung muss dieses europäische Sozialmodell verankern und einer sozialen Union die gleiche Priorität einräumen wie der Wirtschafts- und Währungsunion.

Wir wollen kein neoliberales Europa!

Wir wollen die soziale Demokratie gestalten!

In Europa und in Deutschland!

Kolleginnen und Kollegen,

damit wir erfolgreich sind, brauchen wir auf europäischer und nationaler Ebene eine intelligente gewerkschaftliche Agenda mit nachvollziehbaren betrieblichen Beispielen!

Diese gewerkschaftliche Agenda zur Sicherung der sozialen Demokratie müssen wir gemeinsam mit dem DGB und den anderen Einzelgewerkschaften vertreten und kommunizieren.

Der vielstimmige Chor und die teilweise gegensätzlichen Aussagen im Gewerkschaftslager müssen beendet werden.

Das führt zu Glaubwürdigkeitsverlusten und zu Desorientierung bei unseren Mitgliedern.

Der Chor der Vielstimmigkeit zehrt an der Mitgliedermotivation und macht uns angreifbar.

Außerdem gehen gute und konstruktive Ideen unter.

Das schlimmste aber ist:

Unser Profil verschwimmt und wir sind nicht mehr erkennbar.

Das ist ein entscheidender Grund, warum die Loyalität unserer Mitglieder und Anhänger schwindet, während gleichzeitig unsere Gegner weitere und stärkere Angriffe gegen uns fahren.

Darum ist es wichtig, dass wir Gewerkschaften wieder geschlossen eine eigene gewerkschaftliche Agenda für eine soziale Demokratie nach Außen vertreten.

Wir müssen identitätsstiftende Leitideen und gewerkschaftliche Visionen entwickeln.

So können wir es schaffen, die Menschen wieder für unsere Ziele emotional zu begeistern!

Nur wenn wir wieder andere von unseren Zielen begeistern, gelingt es uns auch, stärker die Zukunft im Interesse unserer Mitglieder zu gestalten.

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit!